

An den Landrat
des Rhein-Sieg-Kreises
Herrn Sebastian Schuster
im Hause

nachrichtlich:

Fraktionen

25.09.2023

**Tagesordnungspunkt 3.5 der Sitzung des Kreistags: "Kita-Kollaps verhindern" -
ergänzender Antrag mit Beschlussvorschlag**

Sehr geehrter Herr Landrat,

die Kreistagsfraktionen von SPD und FDP bitten unter Tagesordnungspunkt 3.5. der
Kreistagssitzung am 28.09.2023 um nachfolgende Beschlussfassung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises fordert die NRW-Landesregierung und den NRW-Landtag auf, die Kindpauschalen im Kinderbildungsgesetz (KiBiZ) kurzfristig an die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst anzupassen und somit eine existenzsichernde Finanzierung der Träger von Kindertagesstätten sicherzustellen. Darüber hinaus fordert der Kreistag die Einrichtung eines Notfallfonds auf Landesebene, um die Insolvenz von KiTa-Trägern abzuwenden und ebenfalls die KiTas in kommunaler Trägerschaft zu unterstützen.

Für den Fall, dass das Land nicht in ausreichendem Maße tätig wird, fordert der Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises weiterhin den Landrat auf, gemeinsam mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern ein Notfallkonzept vorzubereiten, mit dem das KiTa-Angebot und die Trägervielfalt im Rhein-Sieg-Kreis gesichert werden kann.

Begründung:

Die Träger der Kindertageseinrichtungen im Rhein-Sieg-Kreis sind in einer schwierigen Phase. Die Nachfrage nach KiTa-Plätzen ist höher als das Angebot. Der Fachkräftemangel in den Einrichtungen führt zu einer immer höheren Belastung des vorhandenen Personals. Die Mitarbeitenden sind teilweise bereits bis zur Überlastung tätig, um die Bildung und Betreuung der Kinder weiterhin zu gewährleisten. Zusätzlich haben sich die finanziellen Probleme der Träger drastisch verstärkt. In Nordrhein-Westfalen sind rund 1/3 aller KiTa-Träger von der Insolvenz bedroht. Im Rhein-Sieg-Kreis machen die rund 70 Träger von Kindertageseinrichtungen, die im Paritätischen Wohlfahrtsverband organisiert sind, auf ihre Existenzbedrohende Situation aufmerksam. Es ist keine Zeit für Diskussionen – es ist Zeit zum Handeln.

Für das aktuelle Kindergartenjahr wurde die Kindpauschale um 3,46 % angepasst – im Vorjahr um 1,02%. Gleichzeitig beträgt die Steigerung der Personalkosten ab dem 01.03.2024 10 – 11%. Hinzu kommen die Einmalzahlungen ab Juli 2023, die als Inflationsausgleich Bestandteil des Tarifabschlusses sind. Diese Diskrepanz zwischen den tatsächlichen Kosten auf der einen Seite und der rechnerisch ermittelten Kindpauschale auf der anderen Seite führt zu einer Existenzbedrohung für viele Träger.

Mit Datum vom 19.09.2023 hat NRW-Familienministerin Josefine Paul – nach monatelangem Druck der freien Träger und Wohlfahrtsverbände sowie der Opposition im Landtag von Nordrhein-Westfalen Überbrückungshilfe und weitere Anpassung der KiBiz-Pauschalen angekündigt. Diese Ankündigung greift deutlich zu kurz. Die Anpassung der KiBiz-Pauschalen ist spätestens zum 01.01.2024 notwendig, denn laut Hochrechnung der Wohlfahrtsverbände beträgt die Deckungslücke der Finanzierung für die Träger derzeit rund 500 Mio. EUR – da wirken die angekündigten 100 Mio. EUR wie ein Tropfen auf den heißen Stein.

Im Wettbewerb um die wenigen verfügbaren Fachkräfte sind alle Träger faktisch verpflichtet den Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes zu übernehmen, um ggü. den kommunalen Einrichtungen als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben. Aus welchen Mitteln die freien Träger diese Mehrkosten des Personals – von Sachkostensteigerungen ganz zu schweigen – tragen sollen kann derweil niemand beantworten. Gleichzeitig ist die Trägervielfalt in NRW aber auch insbesondere bei uns im Rhein-Sieg-Kreis ein hohes Gut. Der Eigenanteil der Träger entlastet zudem die Kommunen in finanzieller Hinsicht. Auch der Overhead – der bei freien Trägern oftmals ehrenamtlich organisiert ist, führt zu einer personellen und finanziellen Entlastung

bei den Städten und Gemeinden. Ohne die freien Träger wäre es zudem in den letzten Jahren nicht gelungen den KiTa-Platz-Ausbau in dem Tempo voranzubringen, das zur Erfüllung des Rechtsanspruchs und des Bedarfs der Familien notwendig ist.

Die Träger der Kindertageseinrichtung haben wenig Alternativen, wenn die Kindpauschalen nicht deutlich erhöht werden.
Eine Abkopplung vom Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes und damit ein Attraktivitätsverlust, die Reduzierung von Personal in den Einrichtungen auf das gesetzliche Minimum und damit verbunden ein Qualitätsverlust, die Einschränkung von Betreuungszeiten, die Schließung von Gruppen oder am Ende die Schließung von ganzen Einrichtungen – all das kann nicht im Interesse der Politik im Rhein-Sieg-Kreis sein.

Die NRW-Landesregierung und der NRW-Landtag sind in der Verantwortung die Trägervielfalt zu erhalten, die Kindertagesstätten auskömmlich zu finanzieren und damit das Angebot der frühkindlichen Bildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sichern. Im Ergebnis könnten nicht steigende Elternbeiträge oder steigende kommunale Zuschüsse die Lösung sein. Der Gebühren-Flickenteppich im Rhein-Sieg-Kreis ist für Familien heute schon groß genug und darf nicht weiter verschärft werden. Für die Beschäftigten darf es nicht relevant sein, in welcher Kommune sie arbeiten, ob sie den Tarifabschluss bei ihrem Gehalt erhalten oder nicht.
Wir erwarten hier eine deutliche klare finanzielle Unterstützung seitens des Landes.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Denis Waldästl
Nicole Männig-Güney

Christian Koch
Jana Rentzsch